

OTTO BRATTSKOVEN/RADIO-KRONIK

DIE NOTWENDIGKEIT GRÖßERER AKTUALISIERUNG DER DIALOG IM RUNDfunk

Der deutsche Rundfunk besteht jetzt fünf Jahre. Seine Bedeutung und sein Programm haben seit dem 29. Oktober 1923 eine Entwicklung durchgemacht, die überraschend in die Breite (nach der Zahl der Rundfunkteilnehmer) wie in die Höhe (durch Vervollkommnung, klare Einsicht in das diesem besonderen Instrument Entsprechende und durch die Fülle des Gebotenen) gewachsen ist. So viel im Einzelnen von unserer Seite eingewandt werden mußte und konnte, als im Ganzen betrachtet müssen wir heute sagen, daß der rapide Aufschwung etwas Imponierendes hat. Wenn man Dies hervorheben muß, scheint es aber doch, als wenn das Ganze noch nicht Das ist, was man bei einigermaßen nüchterner Übersicht und einem längeren Hören der scheinbar unendlich vielseitigen Programme eigentlich erwarten müßte. Es fehlt, wie wir es in der letzten Kronik schon angedeutet haben, ein Abglanz (geschweige denn ein Spiegelbild) dessen, was immerhin kein unbedeutendes Bewegungs- und Fortentwicklungsmoment in unserm Dasein ist: Die Politik in ihren verschiedenenfachen Schattierungen und Gesellschaftsanschauungen. Man kann es vielleicht verstehen, daß man bislang alles Heikle ängstlich auszuschalten versucht hat, um überhaupt erst einmal den nötigen Wirkungskreis zu erringen. Aber diese problematischen Zeiten sind schon längst vorbei. Es ist heute auch unsinnig, noch länger Debatten über das Pro und Kontra derartiger neuer programmatischer Einsätze zu entfesseln. Es muß unbedingt gehandelt werden.

Es wäre subaltern, wollte man jetzt den rechtsradikalen Entrüstungsrummel anläßlich der Rede Severings am 9. November aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der deutschen Republik zum Vorwand einer noch längeren Verzögerung nehmen. Es wäre auch unlogisch, denn mit Dem, was mit der Forderung nach dem Widerschein der politischen Aktualitäten im Rundfunk zusammenhängt, hat die Rede Severings Nichts zu tun. Er sprach als Reichsinnenminister, der einen anderen Standpunkt vertreten muß als sein nicht gebundener Parteifreund, als überhaupt ein nicht durch das Amt gebundener Politiker. Wenn Severing zudem neben der Erinnerung an Vergangenes von seinen republikanischen Aufgaben und Zielen sprach, so war es weiter Nichts als seine Pflicht und Schuldigkeit, wobei der Funkstunde nur die Aufgabe zufiel, dieser offiziellen Rede einen größeren Wirkungsbereich zu schaffen. Mit Dem, was wir unter der Devise „Politik durch den Rundfunk“ fordern, hat diese Ansprache Nichts zu tun. Unsere Forderung läuft konsequent auf die Einführung einer ausgesprochenen „politischen Stunde“ hinaus, die, unzensuriert und auf bestimmte Zeiten festgelegt, ähnlich wie die zufällige Rednergarnitur einer politischen Versammlung sein dürfte und somit in den Materialien natürlich nicht vorher festgelegt werden kann.

An Ähnliches, ohne es auszusprechen, wird der Rundfunkkommissar Bredow gedacht haben, als er am 29. Oktober im Rahmen des berliner Rundfunkprogramms über die „Aktualisierung des Rundfunks“ sprach. Seine Einwendungen dagegen sind nur dann berechtigt, wenn man den selbstgefälligen und sturen Spießbürger-eigensinn als Normaltypus des Rundfunkhörers annimmt, der politisch nur seine